Presseschau vom 21.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Lug-info.com: „Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **heftig verschärft.** Die ukrainischen Streitkräfte haben trotz der Vereinbarungen zielgerichtet begonnen das Territorium der LVR zu beschießen“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Maroschko mit.
„Um 18:35 wurde Dolgoje aus Richtung Lopaskino mit Schützenpanzern beschossen. Es gibt Zerstörungen von ziviler Infrastruktur. Um 19:00 wurden aus Richtung Troizkoje Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Kalinowo mit Artillerie des Kalibers 152mm und Mörsern des Kalibers 120mm beschossen“, informierte Marotschko.

de.sputniknews.com: Syrien: Russisches Versöhnungszentrum gerät unter Terroristenbeschuss
In Syrien ist das Russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien nach eigenen Angaben unter heftigen Beschuss geraten. Verantwortlich für den Angriff sollen die in Ost-Ghuta agierenden Terrorverbände gewesen sein.
Laut der Mitteilung des Versöhnungszentrums kam es am Dienstag zu einem "massiven Beschuss" der Einrichtung. Ebenfalls sollen Wohngebiete vom Angriff der Terroristen getroffen worden sein. Der Beschuss soll aus Ost-Ghuta geführt worden sein, das immer noch unter der Kontrolle von Terroristen und "illegalen bewaffneten Verbänden" steht.
"Heute wurden Wohngebiete, Hotels in Damaskus sowie das Russische Zentrum für Versöhnung von Kriegsparteien von illegalen bewaffneten Verbänden aus Ost-Ghuta massiv beschossen. Es gibt erhebliche Zerstörungen sowie Verluste unter Zivilisten. Es gibt keine

Opfer unter den russischen Soldaten", heißt es in der Mitteilung des Versöhnungszentrums. Insgesamt sollen die bewaffneten Verbände innerhalb eines Tages sechs Mal Wohngebiete in Damaskus beschossen haben.
"Die Lage in Ost-Ghuta eskaliert. (…) Die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung steigen weiter", heißt es weiter in der Pressemitteilung.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins bezüglich des Gesetzes „über die Reintegration“ des Donbass, das in der Ukraine unterzeichnet wurde
Seit fast vier Jahren führt die ukrainische Regierung breit angelegte Kriegshandlungen gegen die Zivilbevölkerung und Territorien, die sie wie zuvor als die ihrigen bezeichnet, führt ökonomische, Energie- und Kommunikationsblockaden ein, schießt auf lebenswichtige Infrastrukturobjekte. Das vom ukrainischen Präsidenten unterzeichnete Gesetz über die „Reintegration“, das in Verletzung der geltenden Gesetzgebung der Ukraine der internationaler Konventionen beschlossen wurde , ist nur ein verspätetes Mittel, um die Gewalt, die so dreist gegen die Einwohner der Republiken angewendet wird, die Möglichkeit, die Armee gegen die Einwohner des Donbass einzusetzen, zu legitimieren. Aber dieses Gesetz wird die Führung der Ukraine in Gestalt von Poroschenko und Turtschinow nicht vor der Strafe für das Genozid am Volk des Donbass und der Verletzung aller möglichen Gesetze retten können.
Der Bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk, der Vorsitzenden des Volkssowjets Denis Puschilin

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des „Gesetzes über die Integration“ durch Poroschenko
Das von Poroschenko unterzeichnete Gesetz über die Reintegration ist ein sehr verspäteter Versuch, die Gewalt und den Einsatz der Armee und von Waffen gegen die Einwohner des Donbass zu legalisieren. Dies Gesetz wird Poroschenko und Turtschinow nicht vor der Strafe für die Verletzung der Gesetzes des eigenen Landes retten. Und es wird das Land, das einen Krieg gegen die friedliche Bevölkerung legalisiert hat, nicht retten. Die Annahme und Unterzeichnung dieses Gesetzes ist eine weitere Runde der destruktiven Politik Kiews gegenüber den Einwohnern des Donbass.
Der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego

de.sputniknews.com: Poroschenko pocht auf Armeeeinsatz im abtrünnigen Donbass – Abkehr von Minsk
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erwartet vom Verteidigungsministerium zum 1. April Vorschläge zur Änderung des Formats der Anti-Terror-Operation im Donbass in eine Armee-Operation.
Zu diesem Zeitpunkt sollte auch die Kandidatur des Befehlshabers der vereinigten Streitmacht gemäß dem Gesetz über die Reintegration des Donbass aufgestellt werden, forderte der Staatschef am Dienstag in Kiew.
Die Kiewer Machthaber hatten im April 2014 mit der sogenannten Anti-Terror-Operation gegen die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine begonnen, die den Staatsstreich in Kiew vom Februar 2014 nicht akzeptieren wollten. Das Mitte Januar 2018 verabschiedete Gesetz über die Reintegration des Donbass hat unter anderem zum Ziel, die Anti-Terror-Operation durch eine Armee-Operation zu ersetzen. Das Gesetz berechtigt den Präsidenten, die Streitkräfte zur Gewährleistung der Souveränität des Landes auch zur Friedenszeit einzusetzen. Somit wird das Vorgehen der Armee im Osten des Landes ohne Kriegserklärung legitimiert.
Darüber hinaus ordnete Poroschenko an, Vorschläge zum vereinigten operativen Stab und zur

Strategie beim Einsatz der Streitkräfte zu unterbreiten, die nach dem 1. April per Präsidentenerlass in Kraft gesetzt werden.
„Ich bin sicher, dass die Streitkräfte der Ukraine unter den gegenwärtigen Bedingungen die führende Rolle bei der Unterbindung der Aggression spielen werden“, betonte Poroschenko. Die Anti-Terror-Operation habe ihre Aufgaben zur Stabilisierung der Lage in der Region erfüllt. Sie habe in der ersten Phase der Abwehr der Aggression eine extrem wichtige Rolle gespielt. Im Format der Anti-Terror-Operation seien mehr als zwei Drittel des okkupierten Donbass befreit worden, sagte der Präsident.
Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über die Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen gar keine Rede mehr. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine ist und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun hat. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde, hieß es in Moskau.

https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31912/29/319122926.jpg

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR zur Unterzeichnung des Gesetzes über die „Reintegration“ des Donbass zur Kiew
Die Unterzeichnung des Gesetzes „über die Reintegration“ durch den Präsidenten der Ukraine ist eine Bestätigung dafür, dass die Regierung Kiews eine militärische Lösung des Konflikts im Donbass unterstützt. Dieser normative Akt ist nichts anderes als ein Versuch der juristischen Rechtfertigung des Einsatzes der Armee gegen das Volk des Donbass in der Vergangenheit und zur Entfachung breit angelegter Kriegshandlungen n der Zukunft. Sein Inkrafttreten nivelliert faktisch die Möglichkeit der Realisierung des Friedensplans zur Regelung des Konflikts, weil es direkt die Erfüllung einiger politischer Punkte verbietet und die Gewalt legalisiert. So befindet sich die Ukraine in einer politischen und rechtlichen Sackgasse.
Alle zivilen und militärischen offiziellen Personen, die für den Einsatz der Armee gegen das Volks des Donbass verantwortlich sind, werden sich vor dem Gesetz verantworten müssen. Sie entkommen nicht dadurch der Verantwortung, dass sie „im Nachhinein“ ein Gesetz beschließen, das sie, wie es ihnen scheint, in Zukunft retten kann.

Die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa

de.sputniknews.com: So einfach kann Doping ins Essen gelangen: Meldonium-Erfinder klärt auf
Die positive Probe des russischen Curlers Alexander Kruschelnizki sorgt für Rätsel. Der Curler weist Meldonium-Gebrauch zurück, Russlands Curling-Verband nimmt an, dem Sportler sei Meldonium ins Essen gemischt worden. Meldonium-Erfinder Ivars Kalvins hat gegenüber der Zeitung „MK“ erklärt, wie das Mittel in den Körper des Sportlers gelangen konnte.
„Ein jämmerliches Teil von Mildronat ist genug, damit es im Blut oder im Urin entdeckt wird“, sagte Kalvins der Zeitung. Es sei unmöglich, Mildronat im Essen oder in Getränken zu fühlen, denn es habe keinen spezifischen Geschmack oder Geruch.
Der litauische Wissenschaftler merkte außerdem an, es sei kein Problem, einige Kristalle von Mildronat ins Essen zu mischen.
„Zudem ist es nicht nötig, etwas zu mischen: Es genügt, ein Kristall an den Finger zu nehmen und mit dem Finger über das Glas zu fahren, aus dem Kruschelnizki später Wasser trinken würde. Und das ist alles. Eine positive Doping-Probe ist gesichert“, so Kalvins.
Für eine positive Doping-Probe sei nur ein Milligramm Mildronat ausreichend.
Der Meldonium-Erfinder betonte, wenn man eine oder zwei Kapseln des Mittels einnehme, habe es keinen pharmakologischen Effekt und übe auf den Menschen keine Wirkung aus.
Am Dienstag war mitgeteilt worden, die B-Probe von Kruschelnizki auf das verbotene Herzmedikament Meldonium sei positiv gewesen. Der russische Curling-Verband hatte eine Sonderkommission zur Ermittlung der Dopingaffäre von Kruschelnizki eingesetzt und sich an das russische Ermittlungskomitee gewandt. Die Behörde nimmt an, dem Sportler sei Meldonium ins Essen gemischt worden. Kruschelnizki hatte erklärt, er habe nie verbotene Medikamente eingenommen und stehe jetzt unter Schock.
Am 13. Februar hatten sich Kruschelnizki und seine Teampartnerin und Ehefrau Anastasia Brysgalowa im kleinen Finale des Mix-Wettbewerbs mit 8:4 gegen das Team aus Norwegen durchgesetzt und sich damit eine Bronzemedaille bei den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang gesichert.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Trostpflaster nach mehreren Absagen? Merkel telefoniert mit Poroschenko
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sieht sich zunehmend mit wachsender Kritik im In- und Ausland konfrontiert. Immer öfter sagen ausgerechnet westliche Partner Gesprächstermine mit dem ehemals umgarnten Politiker ab. Nun konnte der ukrainische Staatschef zumindest mit Merkel telefonieren.
Laut der Mitteilung der Bundesregierung vom 20. Februar hat Bundeskanzlerin Angela Merkel heute, vier Jahre nach den Maidan-Protesten in Kiew, mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko telefoniert.
Dabei sollen Merkel und Poroschenko vor allem die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und Wege zur friedlichen Lösung des Konflikts in der Ostukraine besprochen haben.
„Die Bundeskanzlerin und der ukrainische Präsident besprachen Wege zur Stabilisierung des Waffenstillstands, die Aussichten für eine mögliche UN-Mission im Donbass, den Abzug der russischen Offiziere aus dem „Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination“ (JCCC) sowie den schnellstmöglichen Austausch aller verbliebenen Gefangenen auf beiden

Seiten der Kontaktlinie“, heißt es hierzu in der Stellungnahme des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.
Ebenfalls Thema der Gespräche sollen die Reformbemühungen der ukrainischen Führung gewesen sein.
Gerade bei den letzteren dürfte die Stimmung zwischen den Telefonpartnern unterkühlt gewesen sein. Zahlreiche westliche Politiker sowie internationale Finanzinstitutionen werfen der ukrainischen Regierung immer öfter vor, vereinbarte und versprochene Reformen nicht umzusetzen oder diese gar zu blockieren.
Besonders die EU zeigte sich zuletzt mehrfach über die ausufernde Korruption in dem Land und Behinderungen seitens ukrainischer Behörden im Anti-Korruptionskampf frustriert.
Kleiner Trost für große Probleme
Das Telefonat mit Merkel dürfte für Poroschenko in diesem Zusammenhang zumindest ein kleines Trostpflaster gewesen sein, denn in letzter Zeit entstand immer wieder der Eindruck, dass westliche Politiker den ukrainischen Staatschef meiden.
So wurde ursprünglich eine Rede von Poroschenko bei der Münchner Sicherheitskonferenz als eines der Top-Ereignisse erwartet – am Ende sprach er jedoch vor einem fast leeren Saal. Verschiedene internationale Experten bewerteten dies als ein Anzeichen, dass die internationale Gemeinschaft das Interesse an der Ukraine-Krise zunehmend verliert.
Einzig von Interesse bleiben dagegen die stockenden Reformen in Kiew.
„Macht keine Reformen für uns. Die Ukrainer selbst brauchen diese Veränderungen für sich und für die Ukraine. Das soll kein Gefallen sein, den die Ukrainer dem Westen tun“, betonte etwa Chrystia Freeland, die Außenministerin von Kanada.
Zum größten Fiasko für die ukrainische Delegation bei der Münchner Konferenz wurde aber die Absage des Treffens der Außenminister im „Normandie-Format“. Zunächst sollte es am 16. Februar stattfinden, wurde dann zunächst auf den 17. Februar verschoben und danach endgültig abgesagt.
Formal wurde als Grund für die Absage des wichtigen Treffens die Abwesenheit von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel genannt – er unterbrach seine Visite bei der Münchner Sicherheitskonferenz, um den deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel nach seiner Entlassung aus der türkischen Haft zu empfangen.
Inoffiziell reiht sich die Absage des Gesprächs mit der ukrainischen Delegation jedoch in eine ganze Serie solcher Ausfälle ein, sodass „Zufälle“ oder reine „Terminänderungen“ mittlerweile auch dem ukrainischen Publikum schwer zu vermitteln sind.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschniks aus Anlass des Jahrestags der Befreiung von Tschernuchino und Debalzewo
Sehr geehrte Landsleute!
Zu allen Zeiten gab es eine ungeschriebene militärische Wahrheit: nicht die Macht der Armee, nicht die Qualität der Waffen, sondern die Seelenstärke gewährleistet den Sieg. Er wird von denen errungen, die an ihn glauben.
Seit den ersten Tagen der Gründung der Lugansker Volksrepublik haben wir diesen Glauben bewahrt! Wir haben an die von unseren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern vererbten Ideen geglaubt, die man jetzt so nachdrücklich versucht auszulöschen! Aber die Einwohner der Republik konnten beweisen, dass sie dies niemals erlauben werden.
Die Tschernuchino-Debalzewo-Operation des Jahres 2015 war ein Durchbruch in der Geschichte der Republik. Die Befreiung unserer Städte vom Aggressor vereinte alle, die gegenüber dem Schicksal des Donbass nicht gleichgültig waren. Soldaten der Volksmiliz der LVR, Kosakeneinheiten und Einheiten des Innenministeriums der LVR, einfache Arbeiter, Bergleute, Metallarbeiter – alle die, die noch gestern nicht wussten, was Krieg ist, haben wirkliches Heldentum und Tapferkeit gezeigt. Und wir werden uns immer an die Namen der Verteidiger unserer Heimat erinnern. Wir werden uns an alle erinnern, die ihre Leben bei der

Verteidigung der Heimat gegeben haben! Ihnen eine tiefe Verneigung!
Besondere Worte der Dankbarkeit verdienen die Frauen und Mütter der Soldaten. Für ihre Besorgnis und schlaflosen Nächte. Dafür, dass sie alle Härten des Kriegs mit ihren Männern und Söhnen geteilt haben. Für ihre Unterstützung und ihren Glauben.
Die Befreiung von Tschernuchino und Debalzewo ist ein Vorbild nicht nur für militärische Tapferkeit, Professionalität und Geschlossenheit der Soldaten, sondern auch ein Symbol für die beispiellose Seelenkraft unseres Volks. Die Kiewer Regierung war so von ihrer Überlegenheit überzeugt, dass sie eines nicht berücksichtigen konnte: wir kämpfen für unsere Heimat, für unsere Stadt und Haus, für jeden Einwohner der Republik. Die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite. Und sie wird in jedem Fall siegen!
Das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik

de.sputniknews.com: Eiskunstlauf bei Olympia: Russinnen im Kampf der Rekorde vorne
Die russische Eiskunstläuferin Alina Sagitowa hat am Mittwoch bei den Olympischen Spielen in Pyeongchang einen neuen Weltrekord für ein Kurzprogramm aufgestellt und damit den früheren Weltrekord ihrer Landsfrau, Jewgenija Medwedewa, gebrochen.
Sagitowa wurde für das Kurzprogramm mit 82,92 Punkten bewertet.
Zuvor hatte Medwedewa am selben Tag ihren eigenen Weltrekord mit einer Bewertung von 81,61 Punkten geschlagen.
Die 15-jährige Europameisterin von 2018 und Siegerin im Grand-Prix-Finale von 2017, Alina Sagitowa, ist neben Doppelweltmeisterin Jewgenija Medwedewa eine der Titelanwärterinnen beim olympischen Einzellauf. Der Damen-Wettbewerb findet am Mittwoch und am Freitag statt…

https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31964/18/319641849.jpg

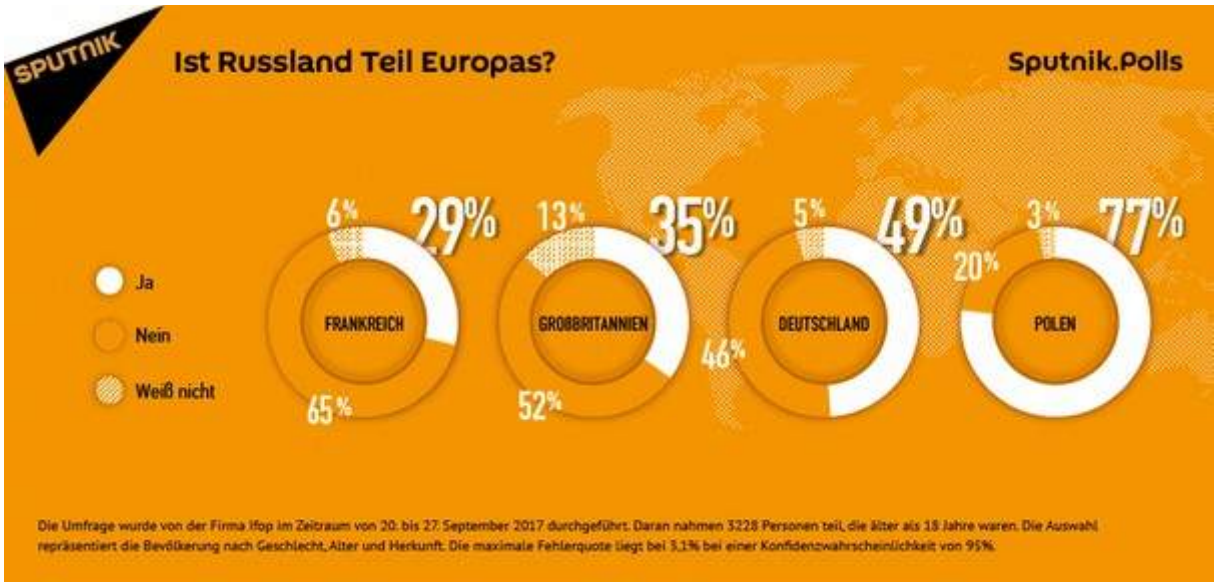
Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.
Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Nishneje Losowoje und Dolgoje.**
Geschossen wurde mit 152mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Ukraine: Hunderttausende fliehen nach Wegfall der EU-Visumspflicht
Rund 100.000 Ukrainer verlassen monatlich ihr Heimatland. Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin verbindet die gewaltigen Auswanderungszahlen mit dem Wegfall der Visumspflicht in der Europäischen Union.
„Allein im vergangenen Jahr haben etwa eine Million Ukrainer das Land verlassen. Schauen Sie, wenn 100.000 Ukrainer monatlich die Ukraine verlassen, geschieht das nicht nur, weil anderswo die Löhne höher sind. Sondern es hat etwas mit ihrer Zukunftsvision und ihrer Vorstellung von Lebensqualität zu tun“, sagte Klimkin.
Die seit 11. Juni 2017 geltende Abschaffung der Visumpflicht für EU-Reisen begünstige die Auswanderung, so Klimkin. Darüber hinaus würden in der Ukraine viele Kinder die polnische Sprache lernen, um später nach Polen auszuwandern.
Am Dienstag hatte das Staatliche statistische Amt der Ukraine berichtet, die Landesbevölkerung sei 2017 um 200.000 Menschen geschrumpft und betrage nun 42,38 Millionen Menschen. Im vergangenen Jahr seien jeweils auf 100 Tote 63 Neugeborene gekommen, was eine bedeutende Differenz ergebe, so das Amt.

Ukrinform.ua: Staatsschulden der Ukraine überschreiten 2 Billionen UAH
Der Gesamtbetrag der Staats- und staatlich garantierten Schulden der Ukraine belaufe sich zum Stand vom 1. Januar auf 2,14 Billionen Hrywnja (UAH), gab die Vorsitzende der Staatskasse Tetjana Sljus während der öffentlichen Berichterstattung über die Tätigkeit des Staatlichen Schatzdienstes für das Jahr 2017 bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.
„In der Tat erreicht die staatlich garantierte Schuld schon Billionen. Heute liegt sie bei knapp über 2 Billionen Hrywnja, nämlich 2,14 Billionen Hrywnja. Zum Stand vom 1. Januar 2016 lag sie bei 1 Billion 600 Milliarden UAH“, sagte Sljus.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **neunmal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräften wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Russland für Westeuropäer kein Europa – Sputnik-Studie
Die meisten Franzosen und Briten halten Russland nicht für einen Teil Europas. Das hat eine Sputnik-Studie ergeben. Befragte in Polen haben demnach eine genau gegenteilige Meinung vertreten.
Mehr als die Hälfte der befragten Franzosen und Briten – 65 bzw. 52 Prozent – meinten, dass Russland kein europäisches Land sei. Unter den Befragten aus Deutschland überwog dagegen der Anteil derer, die die Frage nach Russlands Zugehörigkeit zu Europa bejahten: 49 gegen 46 Prozent der Befragten.
In Polen zeigte die Erhebung völlig andere Ergebnisse. Mehr als drei Viertel der Teilnehmer (77 Prozent) bezeichneten Russland als europäisches Land. Nur 20 Prozent behaupteten das Gegenteil.
In Großbritannien lag der Anteil der Befragten, die die Option „Weiß nicht“ gewählt hatten, bei 13 Prozent. Das ist der höchste Kennwert in dieser Gruppe in allen vier Ländern, die die Erhebung umfasst.
Die Studie wurde von Frankreichs ältestem Meinungsforschungsinstitut Ifop durchgeführt. An der Umfrage nahmen 3228 Personen im Alter über 18 Jahren teil. Die Auswahl der Befragten repräsentierte die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Geographie. Die Fehlertoleranz lag bei maximal 3,1 Prozent, die Vertrauenswahrscheinlichkeit bei 95 Prozent.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31964/34/319643484.png

Dan-news.info: Mitteilungen des Gesundheitsministeriums der DVR zur Lage bei den Maserninfektionen
Insgesamt sind seit Beginn dieses Jahres bis zum 21. Februar 97 Fälle von Masern diagnostiziert worden.
Die größte Zahl der Fälle - 51 – wurden in Donezk registriert, die übrigen in Makejewka, Gorlowka, Jenakiewo, Tores, Sneshnoje, Schachtjorsk und im Starobeschewo-Bezirk. Hauptsächlich erkranken Kinder, dies sind 55 der Fälle. Es werden alle notwendigen prophylaktischen und antiepidemischen Maßnahmen organisiert.
Am effektivsten im Kampf gegen die Infektion ist eine Impfung. Auf dem Territorium der DVR gibt es genug Impfstoff. Die Impfung kann kostenlos in den medizinischen Basiszentren am Wohnort stattfinden.
In der DVR gibt es keinen einzigen Todesfall aufgrund von Masern. Heute sind im Internet Falschinformationen über eine angeblich Masernepidemie in der DVR und den Tod eines fünf Monate alten Kindes in Jenakiewo sowie über einen ernsthaften Mangel an Impfstoff in den Städten und Bezirken der Republik.erschienen. Der Gesundheitsminister unterstrich, dass ein Todesfall eines Kindes in diesem Alter auf dem Territorium der Ukraine, in Odessa, festgestellt wurde.
„Im Zusammenhang mit der Aktivierung von Propagandakampagnen der proukrainischen Massenmedien, die die Bürger der DVR verleumden, ruft das Gesundheitsministerium der DVR alle Bürger auf, wachsam zu sein und nur offiziellen Informationsquellen zu trauen, in denen zuverlässige Fakten verbreitet werden“, teilte das Ministerium mit.

de.sputniknews.com: Russland bleibt bis 2040 der größte Energieexporteur
Obwohl der Anteil Russlands an der Energieproduktion der Welt von zehn Prozent im Jahre 2016 bis 2040 auf neun Prozent zurückgehen wird, bleibt das Land der weltweit größte Energieexporteur. Das geht aus dem vor kurzem veröffentlichten Jahresbericht des britischen Unternehmens BP „BP Energy Outlook“ hervor.
Nach Angaben von BP wird der Erdgasverbrauch in Europa bis zum Jahr 2040 zunehmen, was einen größeren Import der Energieressourcen bedeutet. Dadurch wird Europa vom russischen Erdgas abhängiger werden. Heute beträgt der Anteil Russlands an dem von Europa importierten Erdgas mehr als ein Drittel, bis 2040 wird er auf 50 Prozent steigen.
Wie BP prognostiziert, wird Russland 2040 14 Prozent des Weltmarkts von Erdgas- und Erdölproduktion besetzen.

Obwohl die Energieproduktion aus erneuerbaren Energien steige, werde das Erdgas mit einem Anteil von 50 Prozent der wichtigste Energieträger im Weltenergiemix bleiben. Der Anteil von Erdöl werde von den heutigen 22 auf 26 Prozent wachsen, wohingegen jener von Kohle auf acht Prozent sinken wird.
Nach den letzten Angaben des russischen Staatlichen statistischen Amtes Rosstat wurden in Russland im Januar dieses Jahres 58 Milliarden Kubikmeter Gas und 46,7 Millionen Tonnen Erdöl gefördert.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen … (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Dolomitnoje, Sajzewo, Oserjanowka), der Donezker Flughafen (Shabitschewo), Donezk (Abakumow-Bergwerk), Jelenowka, Dokutschajewsk, Saitschenko.
Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 179.
In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 214.
Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Ankara hält Direktkontakte zu Assads Regierung erstmals für möglich
Nach dem gestrigen Beschuss von Afrin hat ein Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan erstmals direkte Kontakte zu der syrischen Regierung als möglich bezeichnet. Das Verhältnis zwischen Ankara und Damaskus ist sehr angespannt. Zwischen den beiden Ländern gibt es keine direkten Kontakte.
„Ab und zu lassen wir dem syrischen Regime über Russland und den Iran unsere Botschaften zukommen“, sagte Erdogans Sprecher Ibrahim Kalin am Mittwoch.
„Also besteht ein mittelbarer Kontakt. Doch unter außerordentlichen Umständen könnte unser Nachrichtendienst auch direkten Kontakt aufnehmen.“
Bislang hat es zwischen Ankara und Damaskus Kalin zufolge keine direkten Kontakte gegeben, „weder in Politik noch anderen Bereichen“.
Am Dienstag hatte die türkische Armee Warnfeuer auf syrische Regierungskräfte eröffnet, als diese versuchten, in Afrin einzumarschieren. Die Angaben über den weiteren Hergang sind widersprüchlich: Nach türkischen Angaben wichen die Syrer zurück.
Kurdensprecher Rejsan Hedu teilte Sputnik jedoch mit, der syrische Militärkonvoi habe trotz des türkischen Artilleriefeuers Afrin erreicht. Diese nordsyrische Stadt ist seit mehr als vier Wochen Schauplatz erbitterter Gefechte zwischen der syrischen Armee und der kurdischen YPG-Miliz, die die Region zum größten Teil kontrolliert. Die Türkei nennt die YPG eine Terrororganisation.

Lug-info.com: „In der Folge eines Beschusses der Ortschaft Dolgoje wurde **eine Frau**, geb. 1980, **verletzt**. Drei Wohnhäuser in der Friedensstraße und der Sadowaja-Straße, zwei landwirtschaftliche Gebäude, ein Traktor und weitere Landwirtschaftstechnik wurden beschädigt“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Nachmittags:

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin
Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.** In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Feueraktivitäten unwesentlich verringert.
In Richtung Donezk hat der Gegner auf die Gebiete von D**okutschajewsk, Jelenowka, Alexandrowka, Shabitschewo** zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie Abwehrgeschütze, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.
In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **Oserjanowka, Sajzewo, Dolomitnoje** vom Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.
In Richtung Mariupol hat der Gegner von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade in Talakowka aus **Saitschenko** beschossen und 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Das ist nicht der erste Fall, dass ukrainische Marineinfanteristen auf Befehl ihres Kommandeurs, des Kriegsverbrechers Deljatizkij, das Territorium der Republik von hinter dem Rücken friedlicher Einwohner aus beschießen und hinter deren Leben in Deckung gehen. Dabei wissen die Kiewer Kämpfer sehr gut, dass unsere Streitkräfte das Feuer nicht auf Wohngebiete eröffnen, selbst nicht um die Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte zu erwidern.
Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden neun Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.
Im Verlauf der Woche ist in der Zone der sogenannten ATO in der Nähe der Kontaktlinie eine h**umanitäre Mission von Mitarbeitern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz** geplant. Das ukrainische Militärkommando ist durch die ständigen chaotischen Beschüsse von Seiten nicht kontrollierter nationalistischer Kämpfer beunruhigt sowie dadurch, dass die Vertreter der ausländischen Organisation diese Fakten darstellen könnten.
Im Zusammenhang damit hat der Kommandeur der „ATO“ Sabrodskij den Kommandeuren der 30. und der 93. mechanisierten Brigade den Befehl erteilt, während des Zeitraums der Arbeiten der Mitarbeiter des Roten Kreuzes vom 21. bis zum 28. Februar eine feste Kontrolle über die Banden der ukrainischen Nationalisten auszuüben. Falls sie das Feuer ohne Befehl eröffnen, haben die Kommandeure der Brigaden die Aufgabe, harte Maßnahmen zur Ruhigstellungen der wütenden ukrainischen Kämpfer zu ergreifen.
Unter den ukrainischen Soldaten in der Zone der sogenannten ATO ist eine Zunahme panischer Stimmungen im Zusammenhang mit den nicht zu verheimlichenden Vorbereitungsmaßnahmen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zur Entfachung von aktiven Kämpfen im Donbass zu bemerken.
Vom Stab der „ATO“ wurden eine Arbeitsgruppe, die sich mit moralisch-psychischen Unterstützung befassen soll, sowie Militärkapläne in die Brigaden, die mit der Verteidigung befasst sind, geschickt, die die Aufgabe haben, die Soldaten aus ihrer niedrigen moralisch-psychischen Lage herauszuholen. In erster Linie hat die Gruppe mit der Arbeit in den Brigaden der ukrainischen Streitkräfte, die für die Aktivitäten in Richtung des Hauptschlags eingeplant sind, begonnen. Derzeit werden Soldaten in der 30. mechanisierten Brigade untersucht.

Ukrinform.ua: Regierung erhöht Renten für Militärangehörige
Die Regierung der Ukraine hat auf Vorschlag des Regierungschefs Wolodymyr Hrojsman die Erhöhung der Renten für Militärangehörige gebilligt.

Die Renten steigen seit dem 1. Januar durchschnittlich um 1500 Hrywnja, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Entscheidung gilt bis zur Annahme eines entsprechenden Gesetzentwurfes, sagte der Ministerpräsident. Die Diskussionen über diese Erhöhung hätten noch im Herbst begonnen. Der Gesetzentwurf werde noch diskutiert. Er habe die Erhöhung der Militärrenten seit Anfang 2018 versprochen.

de.sputniknews.com: Moskau nennt Trumps USA „äußerst unzuverlässigen Partner“
Seit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus ist Russland laut seinem Vizeaußenminister Sergej Rjabkow nur in der Einschätzung bestärkt worden, dass die Vereinigten Staaten kein verlässlicher Partner sind.
„Wie beobachten gezielte Schritte, um Russland etwa die militärtechnische Zusammenarbeit zu erschweren“, sagte Rjabkow am Mittwoch in Moskau.
„Vertreter der US-Administration protzen mit ihrer Härte gegenüber Russland“, konstatierte der Diplomat. Nach seinen Angaben nennen US-Vertreter sogar konkrete Zahlen der Deals mit Russland, die „auf US-Druck, durch Erpressung und Einschüchterung“ vereitelt worden seien.
Zudem würden die USA versuchen, den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 und andere russische Infrastrukturprojekte zu erschweren. Auch immer neue Anschuldigungen und Sanktionsdrohungen aus Übersee nimmt Russland laut Rjabkow mit Bedauern zur Kenntnis.
„Es ist offensichtlich, dass wir damit auch zukünftig zu tun haben werden. Wir sind darauf gefasst und werden ruhig nach Lösungen suchen.“
Auch mache sich Russland darauf gefasst, dass es sehr schwer sein werde, die jetzige Krise in den bilateralen Beziehungen zu überwinden. „Als Nebenwirkung werden unser Misstrauen und unsere Wahrnehmung der USA als eines äußerst unzuverlässigen Partners nur bestärkt.“

Dan-news.info: „Das Gesetz über die „Reintegration“ ist erstens eine Stärkung der Macht des Präsidenten der Ukraine also solcher. Er ist der einzige Präsident, der eine solche Fülle an Macht hat, die sonst niemand hatte. Er kann selbst über die Einführung des Kriegszustands beschließen, ohne Abstimmung mit der Obersten Rada“, sagte der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin in einem Gespräch mit einem Korrespondenten von DAN. „Und er kann alle Wahlen absagen, unter anderem bei der Ausrufung des Kriegszustand. Drittens – er hat das Recht, die Streitkräfte direkt auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen“.
So hat sich nach Meinung Basurins der ukrainische Präsident mit der Unterzeichnung des Dokuments „die Hände zum Treffen beliebiger Entscheidungen, sowohl politischer als auch militärischer, frei gemacht“.

de.sputniknews.com: Kämpfe in Afrin: Moskau ruft syrische Regierung zu Dialog mit Kurden auf
Nach der jüngsten Eskalation im nordsyrischen Afrin hat der russische Außenminister Sergej Lawrow die Regierung in Damaskus zu einem Dialog mit den Kurden aufgerufen, die den größten Teil der Region kontrollieren.
„Die syrische Regierung muss sich vom Prinzip der Souveränität für das ganze Territorium des Landes leiten lassen. Dies bedeutet die Notwendigkeit, mit allen Vertretern einer oder anderer ethnischer und religiöser Gruppen, einschließlich der Kurden, zu sprechen“, sagte Lawrow am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana.
Zugleich rief er alle und insbesondere die in Syrien präsenten Außenakteure zu einem Dialog mit Damaskus auf. Alle Probleme in Syrien könnten nur auf Basis der Achtung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität der Syrischen Arabischen Republik gelöst werden, äußerte der russische Spitzendiplomat.

„Das ist ein universelles Kriterium.“ „Es ist wichtig, dass ausnahmslos alle auswärtigen Akteure und insbesondere diejenigen, die in Syrien präsent sind, doch die Notwendigkeit erkennen, einen Dialog mit der syrischen Regierung zu beginnen.“
Am 20. Januar hatte der türkische Generalstab den Beginn der Operation „Olivenzweig“ gegen die Kurden im syrischen Afrin gestartet. Auf der Seite der Türkei kämpft auch die sogenannte Freie Syrische Armee.
Am gestrigen Dienstag eröffnete die türkische Armee Warnfeuer auf syrische Regierungskräfte, als diese versuchten, in Afrin einzumarschieren. Die Angaben über den weiteren Hergang sind widersprüchlich: Nach türkischen Angaben wichen die Syrer zurück. Kurdensprecher Rejsan Hedu teilte Sputnik jedoch mit, der syrische Militärkonvoi habe trotz des türkischen Artilleriefeuers Afrin erreicht.

Lug-info.com: „Heute morgen, um 8:55, haben die ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Popasnaja das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82 und 120mm auf Perwomajsk eröffnet. In der Folge des Beschusses wurde ein Wohnhaus teilweise beschädigt“, teilte der Pressedienst der Volksmiliz der LVR mit.

de.sputniknews.com: „Blut und Lügen“ – so etablierten sich die neuen Machthaber in der Ukraine
Vor vier Jahren erreichte der so genannte „Euro-Maidan“ in Kiew seine Schlussphase. Auf den Straßen der ukrainischen Hauptstadt wurde geschossen, wobei mehrere Dutzende Menschen ums Leben kamen. Präsident Viktor Janukowitsch verlor die Möglichkeiten, die Ukraine unter seiner Kontrolle zu behalten.
Die neuen ukrainischen Machthaber, die später versuchten, Russland für den Gewaltausbruch in Kiew verantwortlich zu machen, etablierten sich durch Blutvergießen.
Russische Medien veröffentlichten unlängst Fakten, die davon zeugen, dass Scharfschützen auf Menschen schossen, die einen Auftrag der damaligen Oppositionellen hatten.
Schüsse auf die Ukraine
Die Spannungen im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt wuchsen seit Mitte Februar immer mehr, aber am 17. Februar sah die Situation für Präsident Viktor Janukowitsch noch gar nicht so hoffnungslos aus. Doch an den folgenden zwei Tagen änderte sie sich dramatisch. Neue Auseinandersetzungen zwischen den Ordnungskräften und der Opposition führten zu Menschenopfern.
Die Behörden bemühten sich um eine friedliche Regelung. Präsident Janukowitsch einigte sich mit den Oppositionsführern auf eine Waffenruhe. Der 20. Februar wurde zum Trauertag erklärt. Aber ausgerechnet er sollte als Tag eines Massakers im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt in die Geschichte eingehen.
Die ersten Schüsse wurden schon am frühen Morgen auf dem Platz der Unabhängigkeit (Maidan), wo ein Lager der Oppositionellen aufgeschlagen war, und in der Institutskaja-Straße abgefeuert. Gegen 09.00 Uhr begann die Gegenoffensive der Oppositionskräfte, die das Unabhängigkeitsdenkmal und den Oktober-Palast unter ihre Kontrolle nahmen. Die Ordnungskräfte mussten sich zurückziehen, und es wurde immer häufiger geschossen. Ums Leben kamen dabei insgesamt 53 Menschen: 49 Protestierende und vier Polizeibeamte.
Nach ihrem Sieg warfen die Maidan-Aktivitäten den Ordnungskräften das Blutvergießen vor. Nach Angaben der zuständigen Kommission mit General Gennadi Moskal an der Spitze hatten Scharfschützen der territorialen Verwaltung der inneren Truppen von der Krim auf die Menschenmenge geschossen.
Doch diese Version rief sofort viele Zweifel hervor, und schon im März 2014 wurde die Aufnahme eines Telefonats der damaligen EU-Beauftragten Catherine Ashton mit dem Außenminister Estlands, Urmas Paet, veröffentlicht. Aus diesem Gespräch wurde klar, dass

die Scharfschützen im Auftrag der Oppositionellen gehandelt hatten. Und 2018 gelangten neue Beweise dafür an die Öffentlichkeit.
In Russland wurde ein Interview mit den georgischen Scharfschützen Koba Nergadse und Alexander Rewasischwili veröffentlicht. Beide behaupteten, sie wären von Andrej Parubi und Sergej Paschinski zu der Schießerei beauftragt worden. Parubi ist inzwischen Vorsitzender der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), und Paschinski steht an der Spitze des Parlamentsausschusses für Verteidigung und Sicherheit. Darüber hinaus sollen sie Hinweise von einem ehemaligen US-Militär namens Christopher Brian bekommen haben.
In das Konservatorium und das Hotel „Ukraina“ sollen Paschinski persönlich und mehrere unbekannte Männer an seiner Seite Waffen gebracht haben. An diesem Tag schoss Paschinski selbst aus einer Maschinenpistole auf die Menschenmenge. Und Wladimir Parasjuk, der damals der so genannte „Hunderten-Kommandeur“ auf dem Maidan war, schoss aus einem Saiga-Gewehr. Später wurde er Offizier des „Dnepr“-Bataillons und Abgeordneter der Werchowna Rada.
So gab Janukowitsch auf
Die Ereignisse nach diesem Massaker führten zum Zusammenbruch des ukrainischen Staatssystems. Der in die Enge getriebene Präsident Janukowitsch gab de facto auf: Am 21. Februar unterzeichnete er gemeinsam mit den Oppositionsführern ein Abkommen zur Regelung der politischen Krise, dem zufolge in der Ukraine eine vorzeitige Präsidentschaftswahl stattfinden sollte.
Der radikale Flügel der „Maidan“-Aktivisten, nämlich die Gruppierung „Rechter Sektor“, ließ sich die Teilkapitulation des Staatschefs jedoch nicht gefallen. Er drohte mit weiterer Gewalt, falls Janukowitsch nicht zurücktreten sollte. Und am 21. Februar erfüllte der Staatschef de facto diese Forderung und verließ Kiew.
Die Ukraine versank danach im Chaos. Die Oppositionsaktivisten entmachteten willkürlich regionale Behörden und nahmen Häuser ein, in denen diese gesessen hatten. Janukowitsch konnte das Land zwar nicht mehr kontrollieren, weigerte sich aber, seine Niederlage de jure anzuerkennen. Die Macht übernahmen die Führer der „Maidan“-Bewegung, die im Grunde illegal handelten.
Die Ordnungskräfte verließen das Regierungsviertel in Kiew, das sofort von den Oppositionellen eingenommen wurde. Der Machtwechsel kam zustande. In einer Situation, in der der Aufenthaltsort des Präsidenten unbekannt blieb, während seine Anhänger keinen Widerstand leisteten, erklärte Andrej Parubi, die Opposition hätte Kiew vollständig unter ihre Kontrolle genommen.

Mil-lnr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **verschärft.**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet der Ortschaften **Nishneje Losowoje, Kalinowo, Perwomajsk und Dolgoje.**
Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Truppen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 152mm-Artilleriegeschütze, 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen verwendet.
Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 70 Geschosse abgeschossen.
In der Folge eines Beschusses der Kiewer Truppen von Lopaskino mit Schützenpanzerwaffen wurden drei Häuser in der Friedens- und der Sadowaja-Straße beschädigt. **Eine Frau, geb. 1980, wurde verletzt,** die sich aus persönlichen Gründen weigerte, in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden.
Außerdem hat der Gegner heute um 8:55 aus Richtung Popasnaja **Perwomajsk** beschossen. In der Folge wurde ein Haus in der Uroshajnaja-Straße beschädigt. Bei dem Beschuss haben

die Kiewer Truppen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm-Mörser verwendet. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.
Das ukrainische Kommando gibt die Hoffnung nicht auf, den Konflikt im Donbass auf militärischem Weg zu lösen und verstärkt deshalb weiter seine Gruppierungen in der ATO-Zone. Es wurde festgestellt, dass in den Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Belaja Gora Treibstoff- und Munitionslieferungen erfolgt sind.
Außerdem wurde von uns Aufklärungstätigkeit der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. So wurden im Gebiet von Stschastje, im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Drohnenflüge zur Aufklärung von Örtlichkeiten in der Nähe der Kontaktlinie festgestellt. Wir können den Schluss ziehen, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte in dieser Richtung Maßnahmen zur Vorbereitung von Angriffshandlungen durchführt.
Nach Informationen von Einwohnern aus Stschastje wurde bekannt, dass taktische Spezialübungen mit Soldaten der ukrainischen Streitkräfte unter Führung von **Instrukteuren aus Kanada** begonnen haben. Die Übungen werden nachts in der Nähe der Kontaktlinie sowie in der Ortschaft selbst durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit wird der Ausbildung von Scharfschützenpaaren gewidmet.
In den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden komplexe Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Gestern fanden auf einem Übungsplatz der Volksmiliz Übungen zur Kampfausbildung von Zügen, die Bearbeitung taktischer Aufgaben, zur Führung von Positionsverteidigung und zur Abwehr von Angriffen des Gegners statt.
Frage: Gestern hat Poroschenko das Gesetz über die Reintegration des Donbass unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung dieses Gesetzes wählt er im Grunde den Weg einer militärischen Lösung des Konflikts im Donbass. Inwieweit sind die Kräfte der Volksmiliz der LVR bereit zur Abwehr eines groß angelegten Angriffs der ukrainischen Streitkräfte, wenn ein solcher erfolgt?
Antwort: Die Volksmiliz der LVR ist auf jede aggressive Handlung des Gegners vorbereitet, dazu führen wir mit dem Personal Übungen auf den Übungsplätzen der Volksmiliz durch. Die Waffen und Militärtechnik sind in Ordnung und gefechtsbereit. Das Kommunikationssystem ist ausgearbeitet. Der moralisch-psychische Zustand des Personals ist auf hohem Niveau. Wir unsererseits hoffen auf eine friedliche Lösung des Konflikts und auf die Vernunft des kommandierenden Personals der ukrainischen Streitkräfte.

de.sputniknews.com: Weißes Haus droht Russland mit dunklen Worten
US-Präsident Donald Trump hat laut seiner Sprecherin Sarah Sanders „nicht-öffentliche“ Schritte unternommen, um Russland für seine angebliche Einflussnahme auf die amerikanischen Wahlen zu bestrafen.
Präsident Donald Trump hat „eine Reihe von Dingen unternommen, um Russland unter Druck zu setzen und Härte zu zeigen“, sagte Sanders laut CNN am Dienstag auf einer Pressekonferenz.
Ihr zufolge hat es in der vergangenen Woche einen „Zwischenfall“ gegeben, der in den nächsten Tagen bekannt werden solle. Zu weiteren Details wollte sich die Sprecherin nicht äußern.
Russland weist den Vorwurf einer Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahl in den USA im vergangenen Jahr vehement zurück. US-Präsident Trump selbst bezeichnete diese Anschuldigungen als eine „totale Erfindung“ mit dem Ziel, die Wahlschlappe seiner Rivalen Hillary Clinton zu rechtfertigen.

Dan-news.info: Aus Anlass des Tages des Gewerkschaftsaktivisten der DVR und dem dritten Jahrestag der Gründung der Gewerkschaftsföderation der Republik fand heute in Donezk eine

Festveranstaltung statt. Die Veranstaltung besuchten auch Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aus der LVR, aus dem von Kiew kontrollierten Teil des Donezker Oblast und aus Regionen der RF.
Den Gewerkschaftsaktivisten gratulierte der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin, die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Natalja Wolkowa und der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin. Insgesamt nahmen 400 Menschen an der Veranstaltung im Gebäude der Gewerkschaftsföderation der DVR teil:
„Ich will Ihnen aufrichtig zu Ihrem Feiertag gratulieren. Ich erinnere mich, unter welchen Bedingungen die Gewerkschaftsföderation gegründet wurde und welche Anstrengungen das gekostet hat. Jetzt kann ich mit Freude feststellen, dass wir eine Gewerkschaftsbewegung haben. Ich sehe mit absolutem Optimismus auf die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Republik“, sagte Puschilin.
Aus Anlass des Festtages erhielten elf Gewerkschaftsaktivisten der DVR Auszeichnungen des Volkssowjets und der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, weitere sieben Auszeichnungen der Gewerkschaftsföderation der DVR, acht Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung der Republik erhielten Geldprämien im Umfang von 20.000 Rubel. Solche Prämien erhielten auch sieben Kollegen aus dem von Kiew kontrollierten Teil des Donezker Oblast.
Außerdem erhielt die Gewerkschaftsföderation der DVR Glückwünsche von den Kollegen aus der LVR und Russland. Die Veranstaltung ging mit einem Konzert von örtlichen Künstlerkollektiven weiter.

Dan-news.info: Gratulation des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko zum Tag des Gewerkschaftsaktivisten
Liebe Freunde!
Von ganzem Herzen gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Feiertag – dem Tag des Gewerkschaftsaktivisten der DVR!
Heute vertritt die Gewerkschaftsföderation der DVR die Interessen von etwa 300.000 Werktätigen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, immer an die Menschen zu denken, und wenn sie an die Menschen denken, kümmern sie sich um das Wohlergehen des ganzen Landes. Es ist schwer, die Wichtigkeit der Probleme, an deren Lösung Sie jeden Tag arbeiten, zu überschätzen.
Die Gewerkschaft ist ein sehr wichtiger Mechanismus zur Realisierung der staatlichen Politik und die Aktivisten der Gewerkschaftsorganisationen der DVR schalten sich aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben unseres Landes ein.
Sie halten die Fragen der Arbeitssicherheit in den Unternehmen unter ständiger Kontrolle, Sie kümmern sich um die Erholung der Werktätigen, Sie leisten humanitäre Hilfe. Die Gewerkschaftsorganisationen der Republik nehmen aktiv an den Integrationsprozessen mit der RF teil, indem sie enge Beziehungen mit den Gewerkschaftsorganisation Russlands unterhalten.
Im letzten Jahr hatte die Gewerkschaftsföderation der DVR eine wichtige Aufgabe. Wir haben eine ganze Reihe von großen Industrieunternehmen unter äußere staatliche Leitung gestellt. Derzeit kontrollieren die Gewerkschaftsföderation der DVR, die Branchengewerkschaften, die Situation in 22 Unternehmen, die unter äußere Leitung gestellt wurden. In einer Reihe von Unternehmen wurden bereits Tarifverträge abgeschlossen. Alle sozialen Garantien, die die Arbeiter zuvor hatten, wurden durch sie erhalten.
Heute sind Sie das verbindende Glied zwischen den Staatsorganen und dem Volk und in vielem hängt von Ihnen ab, wie diese Beziehungen sein werden. Gerade über Sie erfahren wir von den Bedürfnissen der Menschen, Sie kennen sie, auf Sie rechnen sie. Sie dürfen die Kollektive nicht enttäuschen.

Ich gratuliere Ihnen zum Feiertag, wünsche Ihnen friedliche Arbeit, eine glückliche und blühende Zukunft, Glück, Gesundheit und große Erfolg! Zum Feiertag!
Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Alexandr Sachartschenko

ukrinform.ua: USA und EU größte internationale Geber der Ukraine
Zum Stand von Ende des Jahres 2017 wurden in der Ukraine 453 Projekte internationaler technischer Hilfe umgesetzt und größte Geber der Ukraine seien die Vereinigten Staaten und die Europäische Union gewesen, heißt es in dem Bericht des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine über die internationale technische Hilfe für die Ukraine in der 2. Hälfte des Jahres 2017
„In der zweiten Hälfte des Jahres 2017 wurden in der Ukraine 453 internationale technische Hilfsprojekte umgesetzt, deren geschätzter Gesamtwert $ 5,5 Milliarden beträgt… Die größten Geldgeber der Ukraine sind die Vereinigten Staaten (ca. $ 370 Millionen jährlich) und die Europäische Union (etwa $ 310 Millionen jährlich). Andere Geber sind Kanada, Deutschland, die Niederlande, Schweden, die Schweiz, Japan, Dänemark, UNO, die Weltbank, die EBWE“, so der Bericht.
Insgesamt hat die ukrainische Regierung im Laufe des Jahres 2017 13 internationale Abkommen und andere bilaterale Dokumente über die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit der EU, den USA, Japan, der UNO und der EBWE für eine Gesamtsumme von mehr als $ 927 Millionen abgeschlossen. Unter diesen Abkommen ist das umfassende Rahmenprogramm der Partnerschaft zwischen der ukrainischen Regierung und den Vereinten Nationen für die Jahre 2018-2022. Die geschätzten Mittel für dieses Programm belaufen sich auf $ 675 Millionen.

de.sputniknews.com: EU wird der Ukraine müde und nimmt Geld zurück – Medien
Die EU schließt ein Projekt zur Modernisierung ukrainischer Grenzkontrollpunkte an der EU-Ostgrenze. Dies berichtet die Agentur Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen EU-Diplomaten. Das nicht verwendete Geld soll zurückgezahlt werden.
„Es gibt eine gewisse Müdigkeit gegenüber der Ukraine. Die Menschen sind verärgert über den Mangel an Reformen, insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung. Die Dinge sind in Stocken geraten“, zitiert Reuters den EU-Diplomaten.
Er merkte dabei an, die EU werde die Ukraine weiter unterstützen.
„Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Projekte nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten. Sechs Projekte werden jetzt geschlossen, und das nicht ausgegebene Geld soll erstattet werden“, so ein anderer EU-Beamter gegenüber Reuters.
Das EU-Projekt wurde 2014 ins Leben gerufen. Demnach sollten sechs ukrainische Grenzkontrollpunkte an den Grenzen zu Polen, Ungarn, Rumänien und der Slowakei modernisiert werden. Das Projekt sollte Zollverfahren verbessern sowie die Zeit für die Grenzübergänge verkürzen. Die EU gab für das Projekt bereits 29,2 Millionen Euro aus.
Nach Angaben der Agentur wurde die Inbetriebsetzung der Kontrollpunkte mehrmals verschoben. Bis Ende 2017 war keines der sechs Grenzkontrollpunkt-Projekte abgeschlossen.
Der ukrainische staatliche Fiskaldienst habe mitgeteilt, der Grund dafür sei der Personalwechsel in der Behörde sowie die langwierige Durchführung der Ausschreibung und Vereinbarung von Projektänderungen.
Der EU-Botschafter in der Ukraine, Hugues Mingarelli, hat am Mittwoch laut dem Onlineportal „Korrespondent“ erklärt, er könne nicht sagen, ob der Beschluss über die Schließung des Projekts bereits gefasst worden sei.
Er merkte jedoch an: „Tatsächlich sind wir bei der Umsetzung dieses grenzübergreifenden Projekts auf Schwierigkeiten gestoßen.“

dnr-news.com: In den USA hieß es, dass sich die Militärhilfe für die Ukraine nicht auf Javelin-Lieferungen beschränken wird

Der Sondervertreter des US-Außenministeriums zu Fragen der Ukraine Kurt Volker erklärte, dass die Lieferung der Panzerabwehrkomplexe Javelin nur ein Teil der militärischen Unterstützung für Kiew sein wird.

„Wie Sie wissen, haben die USA während der Obama-Regierung der Ukraine auch Hilfe im Bereich der Sicherheit geleistet, doch es gab eine klare Einschränkung: Es sollten keine tödlichen Waffen sein. Die Trump-Regierung hob diese Einschränkung aus der Obama-Zeit auf. Dies erweitert die Möglichkeiten der USA, die Ukraine zu unterstützen. Ja, die Javelin werden ein Teil dieser Hilfe sein, doch es geht noch um viel mehr. Unser Ziel ist es, die Lücken in der Bewaffnung der ukrainischen Armee zu schließen, indem wir die Fähigkeit der ukrainischen Streitkräfte erhöhen, ihr Territorium zu schützen“, sagte Volker in einem Interview der Internet-Zeitung „Europäische Wahrheit“.

Seinen Worten nach werden die USA einen kombinierten Ansatz dafür wählen, ob diese Waffen an die Ukraine verkauft oder kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

„Wir verfolgen eine Politik der Hilfe im Bereich der Sicherheit, die kostenlos zur Verfügung gestellt wird, aber gleichzeitig erhält die Ukraine das Recht, die Waffen zu kaufen, die ihnen fehlen“, fügte Volker hinzu.